

Nr. 79 • Sept. 2013

www.wuzonline.de

Stadtgärtnern

In den Städten dieser Welt wird an allen möglichen und unmöglichen Orten gebuddelt, gepflanzt und geerntet. Auf Brachen, Dächern, Mauern und Grünstreifen werden Blumen gezüchtet und Möhren aus der Erde gezogen. Mit jedem Beet wird wieder ein Stück Natur in die Stadt geholt. Durch die gemeinsame Gartenarbeit entsteht eine Verbundenheit ohne soziale, gesellschaftliche oder kulturelle Hürden. Urban Gardening oder „gemeinschaftliches Gärtnern“ wurde in New York geboren. Jetzt will das Bezirksamt Wandsbek die Bewegung unterstützen und fördern. Mehr Infos: Tel. 42881-3027 oder Mail: urban-gardening@wandsbek.hamburg.de oder www.urban-gardening.eu. (WUZ)

Altdeponie ist immer noch gefährlich

Goldfische mit Geschwüren



Foto: Ilka Duge

Bald nicht mehr möglich? Blick von den Müllbergen über den Hummelsee zur Innenstadt

Gelegentlich spielen sich in Hamburg Dinge ab, die wir heute kaum mehr für möglich halten. Im Winter 1986 mussten

fast 200 Menschen in der Hummelsbüttler Feldmark ihr Trinkwasser zeitweise von Tankwagen und aus Hydranten holen, bevor eine eiligst verlegte Wasserleitung fertig war. Der Grund waren u.a. Sulfate, Nitrate sowie krebserregende halogenierte

Kohlenwasserstoffverbindungen (AOX), die in ihren hauseigenen Trinkwasserbrunnen nachgewiesen worden waren. Ob die Hummelsbüttler Müllberge dafür verantwortlich waren, wurde „aus Prioritätsgründen“ nicht weiterverfolgt.

Fortsetzung auf Seite 4

**Gut vorsorgen,
selbst versorgen.**



SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT

BERGSTEDTER MARKT 1 • 22395 HAMBURG • FON 040 604412-91 • FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

VOLKSMARKT 1981 - 2013

SAMMELN • TRÖDELN • SCHÖNE KÜNSTE

Familienflohmarkt der Walddörfer, Marktplatz Volksdorf: 9 bis 16 Uhr
in Verbindung mit dem Kultur- und Sozialtreffpunkt/ Kindermeile

15. September, 8. Dezember

Anmeldeformulare in der Bücherhalle Volksdorf

Neuer Termin: **3. November** Volksbuch - Bücherbasar im WSV

Le Bouquiniste, Tel.: 603 41 13 • Fax: 609 11 765

Energiewende nicht ohne Verkehrswende

100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050. Das bedeutet nicht nur Photovoltaik oder Windräder fördern und Atomkraftwerke abschalten, sondern ein Umdenken auf ganzer Linie. Im Buch „Schlaue Netze“ beschreiben die Autoren einen völlig neuen Ansatz: Die Energiewende ist ohne Verkehrswende nicht zu haben, denn der Verkehr setzt immer noch auf fossile Antriebstechniken. Obwohl lange bekannt ist, dass das Erdöl endlich ist, sinkt der Verbrauch der modernen Autos kaum, im Gegenteil – die neuen großen Limousinen verbrauchen noch mehr davon. Windräder und Photovoltaikanlagen produzieren in Zeiten von viel Wind oder Sonnenschein mehr Strom als gebraucht wird, so dass Windräder zum Stillstand verurteilt sind. Die Netze können das Überangebot nicht in unterversorgte Regionen weiterleiten. Das kann so nicht weiter gehen. Her muss ein in-

telligentes Stromnetz, das eine zuverlässige Bereitstellung regenerativer Energie gewährleistet. Dabei setzen die Autoren nicht auf Großkonzerne, sondern auf so genannte Prosumer, Menschen, die Strom produzieren und konsumieren.

Zum anderen müssen gänzlich neue Verkehrskonzepte entwickelt werden, die auf post-fossile Antriebstechniken setzen und das Auto in ein umfassendes öffentliches Verkehrsangebot integrieren. Kerngedanke ist die Formulierung eines Schlaue-Netze-Gesetzes, welches das längst nicht mehr zeitgemäße Erneuerbare Energien Gesetz ablöst. „Es braucht einen umfassenden Umbauplan, der den Übergang zu kleinen, dezentralen und ‚smart‘ miteinander kommunizierenden Versorgungsnetzen ermöglicht, der die Energie dort produziert, wo sie auch gebraucht wird, der die Verantwortung für Strom, Wärme und Mo-

bilität wieder dorthin verlagert, wo die Zivilgesellschaft eigene Kompetenz entwickelt und wo Städte und Gemeinden eine neue Handlungs- und Gestaltungsmacht entwickeln können.“ Ein Plädoyer für Stromnetze in öffentlicher Hand und für Hamburgs Rekommunalisierung der Netze! (du)

Weert Canzler, Andreas Knie:
Schlaue Netze, Oekom 2013,
131 Seiten, 9,95 Euro



verklärte. Er ist zum Wirtschaftsobjekt geworden. Unter dem Deckmantel „Pflege“ wird nach wirtschaftlichen Aspekten gearbeitet nicht nach ökologischen. Wütend prangert Wohlleben den Klüngel zwischen Gemeinde, Jägern und Förstern an, die uns vorgaukeln, dass die konventionelle Forstwirtschaft richtig ist, dass der Wald ohne den Menschen nicht überleben kann. Vor allem geht er mit den Jägern ins Gericht, die die Wildbestände nicht in Grenzen halten, sondern nur darauf aus sind, möglichst viele Geweihträger vor die Flinte zu bekommen.

Wohlleben schildert aber auch das faszinierende Sozialgefüge zwischen alten und jungen Bäumen in Buchenwäldern und beschreibt wie es gehen könnte. Denn er weiß wovon er schreibt. Er hat Forstwirtschaft studiert und bewirtschaftet in der Eifel einen ökologischen Vorzeigewald. Sein Nachruf ist ein Warnschuss etwas zu unternehmen, damit der Wald eine Zukunft hat. (du)

Peter Wohlleben: Der Wald,
Verlag Ludwig/Random House
2013, 256 Seiten, 19,99 Euro



IMPRESSUM

Walddörfer Umweltzeitung®

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)

Verlag
m. MEDIENPRODUKTION GmbH
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag
GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

Wer im Glashaus sitzt...

sollte nicht mit Steinen schmeißen. Vielerorts prangern Umweltgruppen an, dass in Übersee in Indonesien, Brasilien oder Kanada die Wälder ausgebeutet und vernichtet werden. Doch was ist mit unserem eigenen Wald? Ist der noch so, wie er sein sollte? Mitnichten, stellt Peter Wohlleben fest. Der Förster aus der Eifel hat schon mehrere Bücher zum Thema Wald geschrieben.

In seinem Neuesten dokumentiert er, wie Erntemaschinen – auch der hochgelobte Harvester – den empfindlichen Waldboden zerstören, dass die falschen Bäume dem Wald entnommen werden, dass viel zu viele Nadelbäume nachgepflanzt werden. Alles zum Wohl der Holzwirtschaft. Der Wald in Deutschland ist keinesfalls mehr der von Caspar David Friedrich gemalte und

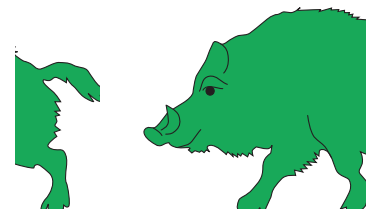
Bestattungen in Bergstedt

Claus-Dieter Wulf
Fachgeprüfter Bestatter

Individuelle Durchführungen
aller Bestattungen in ganz
Hamburg und Umgebung



Bergstedter Chaussee 189
22395 Hamburg
Telefon 604 42 443



Die nächste **wuz**
erscheint am 31. Okt. 2013

■ Haben unsere Fische einen Kater - oder warum findet man in vielen Bächen Medikamente?

Bis in die 1980er Jahre war es gesundheitsgefährdend, beim Segeln in die Alster zu fallen. Die Alster selbst, die Hamburger Kanäle und die Elbe waren nicht in bestem Zustand. „Das Ziel ist klar“ hieß es lange bei der Hamburger Stadtentwässerung. Seit 2002 wird sogar der Triathlon in der Alster geschwommen. Doch eine Entwarnung auf ganzer Strecke gibt es nicht.

Das Institut für Hygiene und Umwelt betreibt seit 1988 für die Stadt Hamburg ein Wassergütemessnetz mit neun Messstationen u.a. an Elbe, Alster, Ammersbek und Wandse. Die Messstationen zeichnen kontinuierlich Daten zur Qualität der Gewässer auf. Die verschiedenen Messgeräte erfassen biologische und chemisch-physikalische Gütekenndaten wie Wassertemperatur, Sauerstoffgehalt, pH-Wert und Chlorophyllgehalt.

Medikamentenrückstände werden schon seit 2000 in deutschen Flüssen gefunden. Davor waren es noch hauptsächlich Pflanzenschutzmittel. Im Mai 2012 wurden 18 verschiedene Arzneimittel im Alstereinzugsgebiet nachgewiesen. An der Ammersbek gab es dabei die höchste Konzentration, vor allem von Schmerzmitteln, Betablockern und Lipidsenkern.

Auf Antrag der Grünen wurde das Thema im August im Wandsbeker Umweltausschuss behandelt: Ein Zusammenhang der Medikamentenrückstände mit dem Abwasser aus Klärwerken bestehe eindeutig, so Dr. Udo Rohwedder vom Institut für Hygiene und Umwelt. Der Anteil sei dort besonders hoch, wo das Abwasser nicht so stark verdünnt wird, also dort, wo die Flüsse vergleichsweise wenig Wasser führen. Das Schmerzmittel Diclofenac, das in Gewässern nachgewiesen wurde, löst Nierenschäden bei Forellen aus, heißt



Foto: Ilka Duge

Durch die marode Fischtreppe an der Wohldorfer Schleuse verirrt sich kaum ein Fisch

es beim Umweltbundesamt.

Viele Kläranlagen sind nicht in der Lage, alle Stoffe rückstandslos abzubauen oder zurückzuhalten. Um Spurenverunreinigungen und andere Problemstoffe aus dem Abwasser zu entfernen, verfügen sie in der Regel über eine mechanische und eine biologische Klärstufe. Größere Anlagen sind zusätzlich mit einer Stufe zur Entfernung von Nitraten und Phosphaten ausgestattet. Forschungsergebnisse zeigen, dass Arzneimittelwirkstoffe mit diesem Verfahren oft gar nicht oder nur teilweise aus dem Abwasser entfernt werden können. Eine weitere Reinigungsstufe würde Abhilfe schaffen und für jeden Bürger sieben Euro Mehrkosten im Jahr betragen, so Rohwedder.

Hinzu kommt, dass die Alster immer noch als Auffanggewässer für Überlaufereignisse dient. Wenn es im Sommer einen Starkregen gibt, dessen Abwässer die Mischsiele überlasten, dann wird das nicht mehr abführbare Wasser gezielt in die Oberflächengewässer geleitet. Aufgrund des Klimawandels werden solche Starkregenereignisse zunehmen. Aber nicht nur Medikamente

sind das Problem. Einige Bäche haben Schwierigkeiten mit dem Salzeintrag im Winter. Nach langer Trockenheit bekommen Gewässer oft auch ein Sauerstoffproblem. Wenn es regnet wird Dreck und Staub von der Straße in die Bäche geschwemmt, so dass es zu einem Abfall des Sauerstoffs kommt, weiß Wolfram Hammer vom Aktionsbündnis Lebendige Alster. Außerdem nehmen keimtötende Mittel zu. Wer weiß z.B. dass Zahnbürsten damit ausgerüstet sind? Oder dass Herbizide und Pestizide in Fassadenfarben enthalten sind,

die darüber hinaus auch noch mit Algenstoppnern ausgerüstet sind. All das wird beim Regen ausgewaschen und gelangt ins Ab- bzw. Oberflächenwasser.

„Schädliche Rückstände sind aber nicht nur im Wasser, sondern auch in der Luft und in unserer Nahrung. Die Summe dieser Gifte schwächt den Körper. Nicht zufällig nehmen Allergien extrem zu, deshalb ist es höchste Zeit diese Gifte zu reduzieren und zwar in allen Bereichen“, fordert Astrid Boberg, umweltpolitische Sprecherin der Wandsbeker Grünen. (du)

„Zur Kastanie“ Duvenstedt



Specksaalredder 14
22397 HH-Duvenstedt
Reservierung ab sofort pers. oder
unter Tel.: (0 40) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

Der gebürtige Elsässer Michel Weingartner serviert Ihnen in der Zeit
vom 30. September bis 20. Oktober
während der
„Elsässer Wochen“
Spezialitäten aus seiner Heimat: u.a. Flammkuchen, Schneckenpfännchen, Quiche Lorraine, Kalbsnieren, Kalbsbäckchen, gebratenes Zanderfilet auf Rahmsauerkraut, Münsterkäse, Mousse, Obsttarte
Am Freitag, den 18. Oktober „Sauerkraut-Abend“

Fortsetzung von Seite 1
 Altdeponie ist immer noch gefährlich
 Goldfische mit Geschwüren

Jetzt 17 Jahre später erzählt ein Anwohner aus der Hattsmoor-Siedlung, dass er das Wasser aus dem stillgelegten Brunnen für seinen Gartenteich verwendet und sich schon gewundert habe, wieso seine Goldfische Geschwüre haben. Das deckt sich mit den Informationen, die die Interessengemeinschaft „Grüne Zukunft für die Hummelsbüttler Müllberge“ zusammengetragen hat. Sie will verhindern, dass die Firma Containerdienst Eggers eine weitere Bauschuttdeponie in der Hummelsbüttler Feldmark anlegt.

Danach sollen etwa 300.000 Kubikmeter Abfälle von Hamburger Baustellen (Bodenaushub der Schadstoffklasse I, der aufgrund seiner Belastung nicht recycelt werden kann und deponiert werden muss) innerhalb von elf Jahren auf einer Fläche von ca. vier Hektar und 40 Metern Höhe abgelagert werden. Die neue Deponie soll an der Westflanke der jetzigen Müllberge und auf dem Flurstück 11 (Schmidtsche Koppel) entstehen.

Die Interessengemeinschaft befürchtet eine Veränderung der hydrogeologischen Begebenheiten durch das zusätzliche Gewicht, eine Verschärfung des Altlastenproblems und ein gefährliches Ausbluten des Deponekörpers. „Dies kann auch zu einer neuen Gefährdung des ersten und zweiten Grundwasserleiters in der Deponieumgebung führen“ so die Ini. Außerdem kann es zur Auswaschung von



Foto: Stephan Knop

Die Interessengemeinschaft will keine weitere Deponie, sondern eine grüne Zukunft für die Hummelsbüttler Müllberge

neuen Bodenaushubschadstoffen bei Starkregen kommen. Auch kontaminierter Feinstaubniederschlag auf die landwirtschaftlichen Flächen und die Gärten in unmittelbarer Nähe zur neuen Deponie, die Aussetzung der Naherholungsnutzung der Müllberge für mehr als ein Jahrzehnt sowie negative Auswirkungen auf die Hummelsbüttler Feldmark, die zum Teil unter Naturschutz steht, wird befürchtet.

Viele Anwohner teilen die Skepsis. Sie informierten sich bei einer von etwa 150 Interessierten besuchten Veranstaltung der Initiative. Dabei kamen die tollsten Geschichten über die Müllberge

zwischen Harksheider Straße und Glashütter Landstraße zutage: In den 1960er bis 1970er Jahren wurden die ehemaligen Sand- und Kiesgruben offiziell mit Bauschutt verfüllt. Danach waren sie quasi freigegeben: Jeder konnte hier seinen Müll hinbringen. Und das wurde wohl auch in großem Stil genutzt. Hauke Bartel und Jan Seyer, Anwohner aus der Hattsmoor-Siedlung haben als Kinder hier gespielt. Sie wissen von alten Autos, Motorrädern, Kühlschränken, Fässern, medizinischen und chemischen Abfällen. Die Behörde verharmlost das Problem jedoch: „Da zur damaligen Zeit keine tägliche Aufsicht bestanden habe ist nicht auszuschließen, dass seinerzeit ggf. Sperr- oder Hausmüll abgelagert worden sei.“

Nach den Brunnen-Stilllegungen wurde eine genaue Analyse zur Verursachung nicht verfolgt. Es hieß damals sogar, dass die Anwohner für die Kontamination selbst verantwortlich seien. Es gibt zwar etwa 20 Untersuchungsbrunnen im Umfeld der Altdeponie, doch die werden

offenbar nicht auf alle möglichen Stoffe beprobt. „Was man nicht sucht, kann man auch nicht finden“ vermuteten einige der Anwesenden. Die BSU gibt zur Entschuldigung an, dass das Wasser des Hummelsees nicht belastet sei. Die Anwohner bezweifeln das, hieß der See doch früher Lacksee, weil er so schön in allen Farben schillerte. Sie vermuten Giftstoffe in den Sedimenten. Die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Christiane Blömeke hat jetzt eine Anfrage an den Senat eingereicht. Sie möchte u.a. wissen, welchen Stellenwert das Gutachten der Umweltbehörde von 1986 für die Planung hat und warum die Empfehlung, dass „jede weitere Deponieanlage egal mit welchen Stoffen nur abgelehnt werden kann“, ignoriert wird.

Zurzeit liegen die Pläne für die Erweiterung der Deponie u.a. beim Bezirksamt Wandsbek aus. Noch bis zum 10. Oktober können Einwendungen gegen das Vorhaben dort eingereicht werden. Mehr Infos: www.muellberge-hummelsbue...de. (du)

OF COURSE

**Secondhand für
Sport - Reiten - Golf**

BIETE FREIZEITARTIKEL FÜR DIE OKTOBERFERIEN AN

Volksdorfer Damm 253
 22395 HH-Bergstedt
 Telefon: (040) 35 70 68-10
 Fax: (040) 35 70 68-11

Öffnungszeiten:
 Mo. - Fr. 10 – 18 Uhr
 Sa. 10 – 13 Uhr

■ EUROPOM zu Gast bei den Norddeutschen Apfeltagen Knebusch ist Apfel des Jahres

Zum 13. Mal finden im Herbst 2013 die Norddeutschen Apfeltage statt. In diesem Jahr wieder im Botanischen Garten der Universität Hamburg, der jetzt Loki-Schmidt-Garten heißt. Vom 4. bis 6. Oktober ist aber auch die EUROPOM erstmals zu Gast in Klein Flottbek.

Der räumliche und inhaltliche Schwerpunkt des europäischen Obstsorrennetzwerkes EUROPOM liegt 2013 in Norddeutschland. Dies ist eine sehr gute Gelegenheit, die Obstvielfalt der Region in ihrem Kontext zu präsentieren. Zudem finden sich viele norddeutsche Obstsorten auch in den skandinavischen Ländern wieder. Deshalb sind sowohl Experten aus dem Ostseeraum als auch aus den „klassischen Obstländern“ zum Austausch nach Hamburg eingeladen: Akteure aus Frankreich, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Irland und Großbritannien werden erwartet. Für Besucher besteht die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren und von Fachleuten über Auswahl und Pflege von Obstbäumen, Anlage von Obstwiesen, sowie die Verarbeitung der Früchte beraten zu lassen.



Weitere Informationen zum Programm unter www.europom2013.de

Die EUROPOM möchte aufzeigen, wie faszinierend und wertvoll, aber zugleich auch gefährdet die in Jahrhunderten gewachsene regionale Vielfalt alter, seit langer Zeit bewährter Obstsorten ist. Der Erhalt dieser Vielfalt ist untrennbar mit dem Schicksal der traditionellen Anbauform auf Streuobstwiesen verknüpft.

Neben der großen Apfel- und Birnenausstellung - erweitert mit lokalen Obstsorten der Gäste - gibt es Vorträge und Workshops, Bestimmung und Verkostung von Obstsorten, praktische Tipps und Informationsstände sowie die erste pomologische Bücherbörse am Samstag. Auch für Kinder wird einiges auf die Beine gestellt.

Schon im letzten Dezember wurde der Knebusch zum Norddeutschen Apfel des Jahres 2013 gewählt. Die Sorte ist um 1880 auf dem Hof von Johann Knebusch in Sittensen, Kreis Rotenburg/Wümme entstanden, evtl. wurden die Reiser von einem rückkehrenden Auswanderer aus den USA mitgebracht. Die Frucht ist kegelförmig, manchmal auch etwas runder, die Schale glatt, glänzend, in der Grundfarbe gelb mit viel leuchtend roter Deckfarbe. Von Mitte September bis Anfang Oktober ist der Knebusch genussreif, danach wird er schnell fade. Die Bäume stellen keine Ansprüche an den Boden, haben keinen Schorf, sind aber manchmal etwas krebsanfällig. Der Ertrag beginnt früh. Ursprünglich war der Knebusch nur in der Börde Sittensen bekannt, ist aber mittlerweile wegen seiner schönen Früchte auch anderswo in Norddeutschland zu finden. (WUZ)

Feier im Kino

Siegfried Stockhecke, vielen Menschen aus den Walddörfern bekannt durch sein Engagement für eine lebenswerte Zukunft feiert seinen 65. Geburtstag. Der Alt-68er, Umwelt- und Friedensaktivist von Anfang an, hat sich etwas Besonderes für seinen Eintritt ins Rentenalter ausgesucht: Eine Geburtstagsfeier im Koralle-Kino am **18. September** mit Aufführung des Films „Sade in Concert“ aus dem Jahr 2011. Ab 18 Uhr gehts los. Wer dabei sein möchte, sollte sich jetzt eine Freikarte im Kino besorgen. (du)

Helfer gesucht

Der „Lebendige Alster Aktionstag“ findet in diesem Jahr am **28. September** um 10 Uhr in Klein Borstel statt. Es sollen Kies und Holz in die Alster eingebaut werden. Der genaue Treffpunkt wird bei der Anmeldung unter eschilling@lebendigealster.de bekannt gegeben. (WUZ)

WUZ-Info:

Das europäische Obstsorrennetzwerk EUROPOM wurde Ende der 1980er Jahre in Belgien initiiert. Es legt den Fokus auf Pflege, Erhalt und Neuanpflanzung alter Obstsorten hauptsächlich auf Streuobstwiesen. Die extensive Nutzung der Obstwiesen erhält ein ökologisch hochwertiges Areal, das wiederum ein vielfältiger Lebensraum für Käfer, Insekten, Vögel, Fledermäuse und andere Kleinsäuger ist. Diese Zusammenhänge möchten die EUROPOM aufzeigen und nicht nur „Insider“ ansprechen, sondern sowohl tätige Akteure in ihrer Arbeit bestärken als auch neue Interessenten werben. Im Netzwerk EUROPOM sind bisher rund 20 nationale Organisationen aus 15 europäischen Ländern aktiv. Ein fachlicher Austausch findet auf den jährlichen EUROPOM-Treffen statt. (WUZ)

Wohin mit den vielen Äpfeln?



Laßt doch leckeren
Apfelsaft daraus
machen!



Und wo
bitte
schön?



In Nienwohld bei der
Süßmosterei Paul Schmidt
Dorfstraße 28
Einfach mal anrufen
und fragen wie das geht.



Tel: 04537 / 250

Info auch unter
www.suessmost-schmidt.de

Die Hamburger Kandidaten zur Bundestagswahl 2013

Die WUZ fragt – Politiker antworten



Am 22. September findet die Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Anders als bei den Hamburger Wahlen ist der Norden Wandsbeks in zwei Wahlkreise aufgeteilt: Die Volksdorfer sowie die Berner und Farmsener wählen im Wahlkreis Wandsbek, der Rest der Walddorfer und das Alstertal wählt im Wahlkreis Nord. Daher gibt es in den beiden Wahlkreisen auch unterschiedliche Kandidaten.

Während in Nord Dirk Fischer (CDU), Christian Carstensen (SPD), Anja Hajduk (GRÜNE), Sylvia Canel (FDP) und Herbert Schulz (DIE LINKE) mit der Erststimme gewählt werden können, haben die Parteien in Wandsbek Frank Schira (CDU), Aydan Özoguz (SPD), Katja Husen (GRÜNE), Klaus-Dieter Abend (FDP) und Cornelia Kerth (DIE LINKE) als Direktkandidaten benannt.

Die WUZ hat wie schon bei früheren Urnengängen einen Fragenkatalog zusammen gestellt und die für alle Hamburger Wähler entscheidenden Spitzenkandidaten, die bereits im Bundestag sitzen oder gute Chancen haben rein zukommen, zu Themen des Natur- und Umweltschutzes, der Energiepolitik, zu Bebauungs-

fragen und über Bürgerbegehren und Volksentscheide befragt.

Zurzeit gibt es im 17. Deutschen Bundestag fünf Fraktionen. Die CDU/CSU-Fraktion ist mit 237 Sitzen die stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD-Fraktion mit 146 Sitzen, der FDP-Fraktion mit 93 Sitzen, der Fraktion Die Linke mit 76 Sitzen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 68 Sitzen.

Davon kamen aus Hamburg 13 Abgeordnete. Direkt gewählt wurden Dirk Fischer (CDU/CSU, Wahlkreis HH-Nord), Johannes Kahrs (SPD, Mitte), Jürgen Klimke (CDU/CSU, Wandsbek), Hans-Ulrich Klose (SPD, Harburg) und Rüdiger Kruse (CDU/CSU, Eimsbüttel). Über die Landesliste kamen: Jan van Aken (Die Linke), Sylvia Canel (FDP), Ingo Eglöf (SPD – seit 2011 für Olaf Scholz nachgerückt), Burkhard Müller-Sönksen (FDP), Aydan Özoguz (SPD), Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen), Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) und Marcus Weinberg (CDU/CSU).



Die Wahlprüfsteine der WUZ

1. Für welche Maßnahmen werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode im Bundestag besonders einsetzen, um eine klimaschützende, nachhaltige Energiepolitik in Deutschland voranzutreiben? Werden sie sich dafür einsetzen, den Ausstieg aus der Atomkraft wie geplant fortzusetzen und die Energiewende voranzutreiben (z.B. Subventionen für fossile Energieträger abbauen, Sparsame Haushalte belohnen, den Emissionshandel reformieren, ein Energieeffizienzgesetz beschließen)?
2. Werden Sie sich für eine nachhaltige Verkehrsplanung mit weniger Lärm und Abgasen (auch Flugzeuge), für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und für lebenswerte Städte mit weniger Verkehr und dafür mehr Aufenthaltsqualität einsetzen?
3. Wie setzen Sie sich im Bundestag für den Ausbau/Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft ohne Gentechnik und Massentierhaltung ein sowie für eine bessere Verbraucher- und gerechte Gesundheitspolitik?
4. Werden Sie sich für die Freihaltung ökologisch und hydrogeologisch schützenswerter Landschaft von jeder Bebauung einsetzen und dafür entsprechende gesetzliche Grundlagen auch zur Verringerung des Landschaftsverbrauchs schaffen? Werden Sie sich einsetzen für den Schutz solcher Gebiete nach EU-Recht (FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmen-Richtlinien), um geltendes EU-Recht durchzusetzen?
5. Sind Sie dafür, dass Bürgerbegehren, Volksinitiativen und Volksentscheide gesetzlich und verfassungsrechtlich abgesichert sind? Wie wollen Sie erreichen, dass Bürger vor Großprojekten rechtzeitig in die Planungen einbezogen werden?

KANZLEI FRAHMREDDER 20



Dr. Günther Engler

Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld

Fachanwalt für Verwaltungsrecht,

Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator

Marlies Horn

Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin

Thomas Röder

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66

www.anwälte-alstertal.de

RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG

Foto: Heike Rost Photographie



Aydan Özoguz (SPD)

seit 2009 im Bundestag
(Familienausschuss),
stellvertretende
Parteivorsitzende der SPD

1. Der Atomausstieg ist nicht verhandelbar, nach den mehrfachen Kehrtwendungen von Union und FDP muss es endgültig dabei bleiben. Alle Anstrengung gilt nun dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hierbei ist sowohl die Versorgungssicherheit, die Umweltverträglichkeit als auch die Bezahlbarkeit zu sichern. Die SPD will dafür eine grundlegende Reform des EEG, die den Ausbau bei Erneuerbaren Energien langfristig und berechenbar gewährleistet.

Fortsetzung auf Seite 7

2. Gerade wir hier in Hamburg wissen, dass gute Verkehrspolitik immer soziale, ökologische und ökonomische Interessen miteinander verbinden muss. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im März 2013 Lösungen für die Weiterentwicklung der nationalen Verkehrsinfrastruktur vorgestellt. Denn derzeit wird zu wenig und mit oftmals falschen Prioritäten investiert. Die Folge sind Kapazitätsengpässe und Staus, zu wenig Schutz vor Verkehrslärm, Verfehlung der Klimaschutzziele und ein zunehmender Verfall der Infrastruktur durch fehlende Unterhaltung.

3. Wie 80 Prozent der Deutschen lehne auch ich den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Die SPD spricht sich klar für Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen, gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln und für Saatgutreinheit aus. Ebenso ist der Tierschutz unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Unter SPD-Regierungsverantwortung ist es gelungen, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern. Wir werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. durch eine Novelle der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung.

4. Deutschland hat noch immer einen besonders hohen Flächenverbrauch, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. In unserem Regierungsprogramm sprechen wir uns daher für die konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie aus. Wir wollen das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 Hektar erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen. Dabei ist die Bereitstellung von mindestens 2 Prozent Wildnisflächen für uns wichtig.

5. Die SPD ist klar für diese Elemente der direkten Demokratie. Unsere Bundestagsfraktion hat dafür im Bundestag gekämpft, scheiterte aber an der CDU/CSU-Fraktion – zuletzt bei unseren Entwürfen für eine Grundgesetzänderung sowie ein Bundesabstimmungsgesetz (Bundestagsdrucksachen 17/13873 und 17/13874). Es ist selbstverständlich, dass Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten beteiligt werden müssen. Bürgerbeteiligung ist für mich nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik.



Foto: Malzkorn

Anja Hajduk (Grüne)
2002-09 im Bundestag
(Haushaltsausschuss), bis
2010 Stadtentwicklungs-
senatorin in Hamburg

1. Wir wollen bis spätestens 2022 aus der Atomkraft aussteigen und die Energiewende gezielt vorantreiben. Dazu wollen wir die Industrieprivilegien im EEG abbauen, um den Ökostromausbau kosteneffizient voranzubringen. Flankierend dazu brauchen wir ein Klimaschutzgesetz, mit dem wir einen CO₂-Mindestpreis einführen sowie verbindliche Zielvorgaben für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen. Mit einem Energiesparfonds wollen wir die energetische Sanierung in einkommensschwächeren Quartieren fördern.

2. Ja. Unser Konzept nachhaltiger Mobilität für alle setzt Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens und verknüpft verschiedene Verkehrsträger. Nachhaltige Mobilität verlagert den Transport von Gütern auf der Straße auf die Schiene bzw. auf Wasserwege und vermeidet Transporte z.B. durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Umwelt- und klimafreundliche Verkehrsmittel werden gestärkt und der motorisierte Verkehr ökologisch verträglicher gestaltet. Damit sinkt die Belastung durch Lärm, Schadstoffbelastung.

3. Wir wollen die nationalen Spielräume der EU-Agrarreform im Sinne einer naturverträglichen, bäuerlichen, gentechnikfreien Landwirtschaft nutzen und die Agrarzahungen umwelt- und sozialgerechter verteilen. Massentierhaltung wollen wir beenden und dazu die Subventionspraxis, das Baurecht und das Tierschutzrecht ändern. Die VerbraucherInnen wollen wir auf Augenhöhe mit der Wirtschaft bringen, indem wir Verbraucherrechte und -information stärken.

4. Ja. Wir wollen den Nettoflächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar reduzieren und langfristig ganz stoppen. Dazu setzen wir auf die Prinzipien „Ausbau vor Neubau“ und „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Eingriffe in ge-

schützte Flächen müssen vermieden werden – falls dies nicht möglich ist – der Schaden vorrangig real ausgeglichen werden. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die FFH- Vogelschutz- und Wasserrahmenrichtlinie auch in Deutschland zügig umgesetzt und entsprechende Natura 2000 Gebiete ausgewiesen werden.

5. Wir werden nicht locker lassen, bis eine dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auch im Bund Wirklichkeit wird.

Im Rahmen der Energiewende und den notwendigen Infrastrukturvorhaben sowie natürlich auch für Großprojekte auf Hamburger Ebene allgemein gilt für uns größtmögliche Transparenz, z. B. durch eine lückenlose Veröffentlichung aller planungsrelevanten Dokumente im Internet. Alle Gutachten müssen auf den Tisch und die Bürgerinnen und Bürger intensiv von Anfang an beteiligt werden. Eine ausreichende Tiefe der Planung muss vorliegen bis eine Entscheidung über das „Ob“ getroffen wird, um das Risiko von Kostenexplosionen künftig zu vermeiden.



Fortsetzung auf Seite 8

**FÜR HAMBURG-NORD/ALSTERTAL UND WANDSBEK
IN DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG!**



**CHRISTIAN
CARSTENSEN**

SPD

FACEBOOK.COM/CHRISTIANCARSTENSEN.SPD
TWITTER.COM/CARSTENSEN_SPD
HTTP://CHRISTIANCARSTENSEN.DE



**AYDAN
ÖZOĞUZ**

FACEBOOK.COM/AYDANOZOOGUZ
TWITTER.COM/OZOOGUZ
HTTP://OZOOGUZ.DE

**AM 22. SEPTEMBER
MIT DER ERST- UND
ZWEITSTIMME
SPD WÄHLEN!**



Foto: Gundula Stein

Marcus Weinberg (CDU)

**seit 2005 im Bundestag
(Familien+Bildungsausschuss),
Landesvorsitzender der CDU Hamburg**

1. Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unseres Landes. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie ist für das Jahr 2022 vorgesehen. Wir haben bereits viel erreicht: Etwa ein Viertel unserer Stromversorgung wird heute aus erneuerbaren Energien gewonnen. Für die langfristige und sichere Energieversorgung werden wir die Speichertechnologien weiterentwickeln.

2. Wir unterstützen ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme. Ziele in der Stadt müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbar sein. Zudem setzen wir auf neue Mobilitätskonzepte wie beispielsweise die Elektromobilität, das Car-Sharing und Mietfahrräder.

Jeder zweite Mensch in Deutschland fühlt sich durch Lärm gestört. Das wollen wir ändern. Wir werden unter anderem den Lärmschutz durch ein einheitliches Lärmschutzprogramm verbessern und die Berech-

nungsgrundlagen bei den Lärmbelastungswerten anpassen und vereinheitlichen.

3. Für Bürger, die Gentechnik ganz sicher ausschließen wollen, hat die Bundesregierung ein Label „ohne Gentechnik“ autorisiert, das schon von vielen Firmen genutzt wird. Es schließt die Lücke zur EU-Gentechnik-Kennzeichnung, die ausweist, wenn ein Lebensmittel gentechnisch veränderte Bestandteile enthält, die aber zum Beispiel nicht die Fütterung mit gentechnisch gezüchteten Futterpflanzen in der tierischen Produktion umfasst.

In der Tierhaltung stehen wir für mehr Tierschutz. Wir haben das Tierschutzgesetz novelliert und verbieten z.B. die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung ab 2018. Damit die Gemeinden große gewerbliche Ställe nicht mehr automatisch genehmigen müssen, haben wir das Baugesetz novelliert. Den Bau besonders tiergerechter Ställe fördern wir hingegen.

Foto: DIG | TRIALON

**Jan van Aken**

**(Die Linke)
seit 2009 im Bundestag
(Auswärtiger Ausschuss)**

1. Wir wollen den Atomausstieg beschleunigen und im Grundgesetz verankern und die Akzeptanz der Energiewende durch sozial gestaltete Energiepreise stärken. Ungerechtfertigte Industrierabatte bei der EEG-Umlage, bei der Stromsteuer, bei den Netzentgelten und anderen Kosten müssen abgeschafft werden, Subventionen für schmutzige Energien auslaufen. Den gescheiterten Emissionshandel will DIE LINKE durch ein Kohleausstiegsgesetz ersetzen.

stehen. Schon die Frage, ob überhaupt Bedarf für ein Vorhaben besteht, wird nun mit den Bürgern öffentlich erörtert und auch Alternativlösungen müssen im Genehmigungsverfahren geprüft werden. Entscheidend ist, dass das Engagement und der Sachverstand möglichst vieler genutzt werden. Hierin liegt zugleich die Chance, Bedenken und möglichen Klagen schon im Vorfeld zu begegnen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erarbeitet ein „Handbuch Großprojekte“, welches das Fachwissen bündelt und für Verwaltung und Wirtschaft Wege aufzeigt, wie Großprojekte transparent, kosteneffizient und zügig verwirklicht werden können.



2. Das Angebot im so genannten Umweltverbund (Bahnfernverkehr, Nahverkehr, Radfahren, zu Fuß gehen) muss deutlich verbessert werden. Mehr Car-Sharing und mehr Leihfahrräder. Verkehrsvermeidung sowie Verkehrsverlagerung muss dabei zur Priorität werden. Weder Biokraftstoffe noch Elektromobilität sind derzeit ökologisch nachhaltige Alternativen. Statt dessen muss auf strikte CO2-Grenzwerte als technologieoffene Maßnahme gesetzt werden. Bis 2025 sollen Neuwagen nicht mehr als 60 Gramm CO2 pro Kilometer ausstoßen dürfen.

3. Wir wollen den Anteil der Ökolandwirtschaft deutlich ausbauen. Keine Agro-Gentechnik und für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Die LINKE lehnt die Exportorientierung der deutschen Agrarwirtschaft ab. Es ist falsch, mit importierten Futtermitteln Geflügel oder Schweine zu mästen, um sie weltweit

LANDHAUS OHLSTEDT
HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ - PARTYSERVICE
HAMBURG - OHLSTEDT
Ab 15.10.2013 **Ganze Gans** bis 15.1.2014
mit Rotkohl, Rosenkohl, Soße,
Füllung, Kartoffelklößen, Kroketten,
Bratäpfeln und 1 Fl. Rotwein
für 4 Personen € 99.-
Auf Vorbestellung - Ofenfrisch
mindestens 3 Stunden Vorlauf - Nicht vom 24. bis 28.12.
Demnächst Wildgerichte, 1/2 Ente & Co.
TÄGLICH GEÖFFNET - KEIN RUHETAG - KÜCHE VON 11:30 - 22:00 UHR
TELEFON: 040 - 605 67 00 - U1-BAHN OHLSTEDT - BUS 276
ALTE DORFSTR. 5 - 22397 HAMB. - WWW.LANDHAUS-OHLSTEDT.DE



zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Dieses Geschäftsmodell fördert Strukturen industrieller Tierhaltung und ist mit großen sozialen und ökologischen Lasten verbunden, hierzulande wie auch in den Exportländern. Der LINKEN geht es um eine Nutztierhaltung, die auf das Tierwohl orientiert, standortangepasst und sozial und ökologisch verantwortbar ist. Dabei geht es nicht nur um die Größe von Tierbeständen, sondern um die Qualität der Haltung. Megaställe und hohe regionale Viehdichten sind mit diesem Ziel unvereinbar. In der Gesundheitspolitik muss endlich die Zwei-Klassen-Medizin abgeschafft werden. DIE LINKE will eine solidarische Gesundheitsversicherung: eine für alle. Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft. Die Unternehmen beteiligen sich wieder paritätisch an der Finanzierung. So lassen sich Beiträge senken. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt.

4. DIE LINKE unterstützt strikte und wirksame Richtlinien. Sie hat sich sowohl in Landtagen als auch im Deutschen Bundestag aktiv für die Umsetzung der FFH-Richtlinie eingesetzt und gefordert, in Deutschland die vorgeschriebenen Flächen im Rahmen der FFH-Richtlinie deutlich zu erhöhen.

5. DIE LINKE will seit Langem das Grundgesetz für Volksabstimmungen öffnen. Auf allen Ebenen sollten Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide möglich und ausdrücklich erwünscht sein. Ebenso fordern wir eine Ausweitung des Petitionsrechts und die Ergänzung der Bürgerbeteiligungsverfahren um innovative Formen wie Runde Tische, Bürgergutachten sowie Bürgerforen.



Foto: FDP

**Burkhardt
Müller-Sönksen**

(FDP)

**seit 2005 im Bundestag
(Verteidigungs und
Kulturausschuss)**

1. Um die Energiewende zum Erfolg zu führen nimmt für uns die Steigerung der Energieeffizienz eine bedeutende Rolle ein. Bei der Gebäudesanierung gilt für uns das Prinzip „Anreize statt Zwang“. Wir lehnen Zwangssanierungen im Gebäudebestand ab. Dabei haben wir auch das Wirtschaftlichkeitsgebot im Blick und werden Forderungen nach überzogenen Vorgaben bei Umwelt- und Energieauflagen im Gebäudebestand nicht befürworten. Ordnungsrecht kann nur im Neubau zum Tragen kommen. Hier wollen wir allerdings die Energieeinsparverordnung immer auf einem technisch ambitionierten Stand halten. Dabei soll die Grundlage stets die energetische Gesamteffizienz von Gebäuden, Lüftungs- und Heizungssystemen sein, nicht das willkürliche Verbot bestimmter Technologien.

2. Die Entscheidungen über die Gestaltung der Verkehrsplanung gehört in die Hände der städtischen Parlamente. Eingriffe aus dem fernen Berlin sind hier nur in den seltensten Fällen hilfreich. Wir Liberalen setzen uns ein für ein Miteinander von Individual- und öffentlichen Personennahverkehr. Nur so gelingt es Konzepte zu finden die über die notwendige breite gesellschaftliche Akzeptanz verfügen.

3. Eine Kernaufgabe die wir in den nächsten Jahren engagiert fortsetzen wollen ist die Verbesserung des Tierschutzes in der konventionellen Landwirtschaft, insbesondere durch effektive und unangekündigte Kontrollen. Diverse Tierschutzvereine und die Medien leisten hier eine gute Arbeit.

Die FDP steht für ein freies, einheitliches Gesundheitssystem, das Solidarität und Eigenverantwortung miteinander verbindet und das Wohl der Patienten in den Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stellt. Eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens kann in einer alternden Gesellschaft aus unserer Sicht nur durch die Abkoppelung der Beiträge von den Arbeitskosten gelingen. Wir stehen für eine stärkere Beitragserhebung über einkommensunabhängige Prämienanteile und einen gerechten Sozialausgleich aus Steuermitteln. Bei der Bürgerversicherung der Opposition geht es nicht um eine bessere Versorgung der Patienten, sondern allein um die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen. Die Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat in Deutschland zu guten Ergebnissen geführt.

4. EU-Recht gilt in ganz Europa und daher auch selbstverständlich bei uns in Hamburg. Der FDP ist bewusst, dass der Bau, die Nutzung und der Betrieb von

Windenergieanlagen Auswirkungen auf Natur und Landschaft hat. Bei allem Verständnis für die in vielen Fällen sehr berechtigte Kritik darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die Beschlüsse der von uns mitgetragenen Bundesregierung zur Energiewende dem Wunsch und politischen Willen der bei weitem überwiegenden Mehrheit in Deutschland Rechnung tragen.

5. Wir wollen die Demokratie in unserem Land stärken und beleben. In einer gereiften Demokratie sollen die Bürger auch über Wahlen hinaus einen unmittelbaren Einfluss auf die politische Willensbildung erhalten. Wir setzen uns für eine Öffnung und Stärkung der repräsentativen Demokratie ein. Dazu wollen wir mit der Einführung des Bürgerplenarverfahrens, eines fakultativen Gesetzesreferendums und der verfassungsrechtlichen Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden eine entsprechende Grundlage schaffen. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung am Anfang von Projekten, statt Klagen am Ende.



■ Diskussion am GOA zur Bundestagswahl

Schüler fragen Kandidaten

Die Kandidatenrunde vor den Wahlen am Gymnasium Oberalster hat schon Tradition. Nicht nur zu den Hamburger Wahlen, sondern auch zur Bundestagswahl.

In diesem Jahr waren die Kandidaten für einen Platz im Bundestag aus dem Wahlkreis Hamburg-Nord der Einladung ins Traditionsgymnasium in Sasel gefolgt. Schüler von Klasse neun bis zum Abitur verfolgten den Schlagabtausch. Die Veranstaltung war von Schülern des bilingualen Oberstufenkurses „International Studies“ vorbereitet und moderiert worden.

Eine der ersten Fragen galt dem müden Wahlkampf und weshalb trotz umfangreicher Medienberichte das Thema Überwachung/NSA dabei kaum eine Rolle spielt. Andere Fragen galten der



Herbert Schulz (Linke), Anja Hayduk (Grüne), Christian Carstensen (SPD), Silvia Canel (FDP) und Dirk Fischer (CDU, Mitte von links) stellten sich den Fragen der Schüler vom Gymnasium Oberalster in Sasel

Steuer- und Sparpolitik, der Elbvertiefung, das Wahlrecht ab 16 oder dem Rückkauf der Netze. Auch wurden die Kandidaten

nach ihrer Wahleinschätzung gefragt und nach ihrem Lieblingskoalitionspartner. Alle Politiker standen den Schülern Rede und

Antwort, wenn auch manche etwas langatmig. (du)

Das neue Wahlrecht

Am 21. Februar 2013 wurde vom Bundestag ein neues Wahlrecht beschlossen. Anlass der Änderung sind v.a. die Überhangmandate. Sie entstehen dadurch, dass eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate im Wahlkreis erringt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis (Liste) zustehen. Das neue Wahlrecht war nötig geworden, da sich die Zahl der Überhangmandate bei der letzten Bundestagswahl drastisch erhöht hatte. Bei einem sehr knappen Wahlausgang hätte

es passieren können, dass nicht die Zahl der Zweitstimmen über die Machtverteilung entscheidet, sondern die Überhangmandate. Das hatten die Verfassungsrichter kritisiert und 2009 ein neues Wahlrecht gefordert. Die Anzahl der Überhangmandate ist seit 1990 stark gestiegen (1949-1987 waren es noch 2 bis 5, 1994 gab es 16, 2009 waren es bereits 24 – alle für die CDU/CSU). Außerdem monierten die Verfassungsrichter das Phänomen des negativen Stimmengewichts, wodurch

der Wählerwille in sein Gegenteil verkehrt wird.

Bei der aktuellen Bundestagswahl werden erstmals alle Überhangmandate ausgeglichen, damit die Sitzverteilung im Bundestag am Ende exakt das Zweitstimmenergebnis der Wahl wiedergibt. Die Linke kritisierte dieses Verfahren, da es zu einer massiven Vergrößerung des Bundestages führen kann und stimmte als einzige Partei gegen das neue Wahlrecht. Denn Stimmensplitting trägt dazu bei, dass Überhangmandate entstehen – und künftig eben auch zusätzliche Ausgleichsmandate. Kurzum: Wer splittet, der trägt

potenziell dazu bei, den Bundestag größer zu machen. Von den regulär 598 Sitzen könnte der Bundestag dadurch bis auf 800 Abgeordnete anwachsen.

Wie sich das neue Recht auf die Zusammensetzung des Bundestags nach der Wahl am 22. September auswirkt, ist vollkommen offen. Fachleute glauben einerseits, dass das Splitting zurückgeht, andere glauben, dass die Bürger sich daran gewöhnt hätten und es weiter nutzen würden. Das bringt trotz demografischer Umfragen doch noch wieder so etwas wie Spannung in den Wahlabend. (du)



- Gartengestaltung
- Teichbau
- Naturspielplätze
- Baumpflege

040 - 601 06 80 www.biotop-hamburg.de

Mehr Infos gibt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de, auf der Seite des Bundestages: www.bundestag.de/bundestag/wahlen oder unter: www.hamburg.de/wahlen/bundestagswahlen. Fragen an die Politiker kann man bei www.abgeordnetenwatch.de stellen.

■ Plattdüütschpries för Hamburg

Mookt mol wat op Platt

100.000 Menschen in Hamburg sprechen Plattdeutsch. Um deren Anliegen kümmert sich seit 2003 der Plattdeutsche Rat für Hamburg. Seit 2010 lobt er den „Plattdüütschpries för Hamburg“ aus, der mit 1.000 Euro dotiert ist. Mit dem Preis werden besondere Leistungen von Schulen und Kitas auf dem Gebiet der plattdeutschen Sprache ausgezeichnet.

Der Plattdüütschroot för Hamburg und der Verein Plattdüütsch in Hamburg verleihen den Preis im nächsten Jahr inzwischen schon zum dritten Mal. Alle Hamburger Schulen, die besondere Aktionen initiieren und durchführen, um bei ihren Schülern die Kenntnisse der plattdeutschen Sprache zu verbreitern und zu festigen, können sich bewerben. Voraussetzung ist, dass die Beiträge über die Inhalte und Ziele der bestehenden Lehrpläne hinausgehen. Auch Kindertagesstätten mit kontinuierlichen Aktivitäten, um die plattdeutsche Sprache an die betreuten Kinder

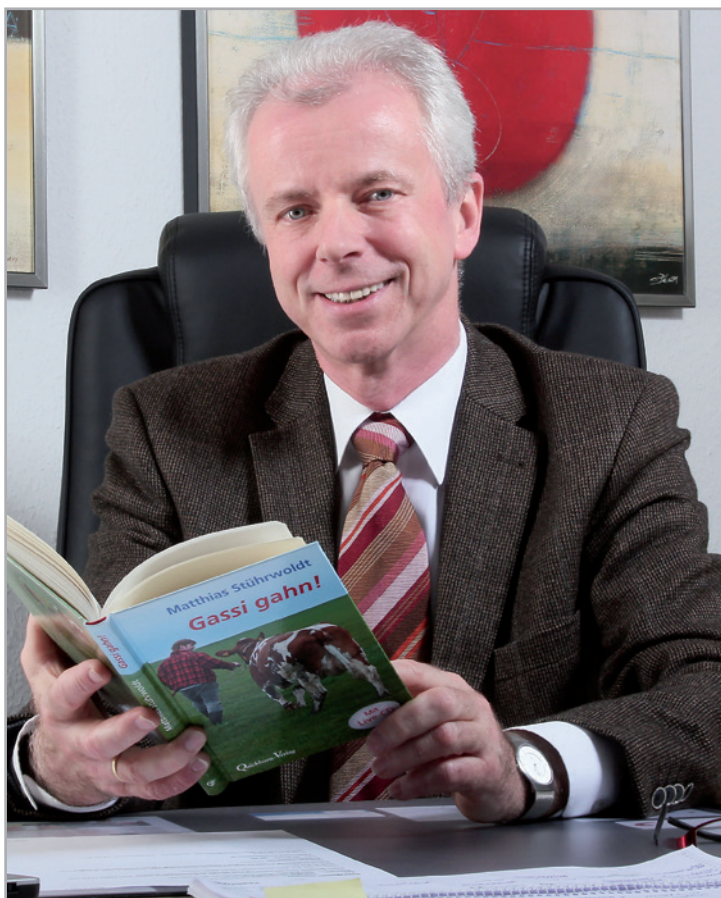


Foto: Quickborn Verlag

Peer-Marten.Scheller ist seit diesem Jahr Vorsitzender des Plattdeutschen Rates von Hamburg

weiter zu geben, können teilnehmen.

Die Preissumme kann auf mehrere Schulen aufgeteilt werden.

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de

Die Bewerbungen sind bis zum **31. Dezember** zu richten an: Plattdüütschroot för Hamburg, c/o Peer-Marten Scheller, Quickborn-Verlag, Alter Postweg 21, 21075 Hamburg oder an info@quickborn-verlag.de, Betreff: Plattdüütsch Pries. Informationen gibt es auch unter: www.plattdeutschinhamburg.de.

Seit 1999 gilt in Deutschland die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“. Dieser Vertrag ist inter- und nationales Rechtsgut. Er soll dem weiteren Niedergang dieser Sprachen entgegenwirken. In Hamburg wacht der Plattdüütschroot för Hamburg darüber, dass die Regionalsprache Plattdeutsch zu ihrem Recht kommt. Im Plattdeutschen Rat sitzen Vertreter der Hamburger Bürgervereine, der Parteien in der Bürgerschaft, von den Kammern, vom Rundfunk sowie von der Verwaltung und vom Ohnsorg-Theater. Ihnen ist es zu verdanken, dass Plattdeutsch an einigen Hamburger Grundschulen wieder als Unterrichtsfach angeboten wird. (WUZ)

WUZ-Info:

Die normale Sprache in Hamburg war bis weit ins letzte Jahrhundert hinein das Plattdeutsche. Platt wurde zu Hause, auf der Straße und bei der Arbeit gesprochen – vor allem im Hafen. Auch der Handel bediente sich des Plattdeutschen. Während der Hansezeit war Platt die „Wirtschaftssprache“ in den Hansestädten auch jenseits der Ostsee. Platt ist aber nicht nur die Sprache des platten Landes – das ist sie wohl eher zufällig – Platt bedeutet vielmehr, etwas direkt oder frei heraus zu sagen. Während sich die Schriftsprache schon im 16./17. Jahrhundert dem Hochdeutschen zuwendete, kam der Wechsel in der gesprochenen Sprache erst im 19./20. Jahrhundert. Bis dahin konnte kaum jemand richtig hochdeutsch sprechen, das war die Sprache in den Behörden, in der Kirche oder in Schulen. Missingsch ist eine Mischform zwischen Hoch- und Plattdeutsch. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts war es mehr oder weniger verpönt, noch Niederdeutsch zu sprechen. Heute kommt Plattdeutsch wieder in Mode, selbst bei jungen Leuten, die auf einmal „Moin“ als völlig selbstverständlich gebrauchen. (du)

Lehm farben

aus der Natur bringen
Atmosphäre und ein
optimales Raumklima
in Ihr Zuhause.
Damit Sie und Ihre
Lieben gesund
genießen können.

Mordhorst
BAUBIOLOGISCHER FACHHANDEL

Neue Adresse!

Baubiologischer Fachhandel
Papenrege 8, 22453 Hamburg
Ruf 040 / 5 70 07 06
baubio@mordhorst-hamburg.de
www.mordhorst-hamburg.de

■ NABU Projekt für den Paradiesvogel an Seebek und Osterbek

Eisvögel brauchen naturnahe Bäche und Flüsse

Um Eisvögel zu beobachten reichen der eigene Garten, Parks und Grünanlagen meist nicht aus. Denn Eisvögel brauchen naturnahe Bäche und Flüsse zum Leben. Sie ernähren sich von kleinen Fischen und anderen Wassertieren, die sie mit ihrem spitzen Schnabel im Tauchstoß erbeuten.

Fische und andere Insekten aber gibt es nur in sauberen Gewässern. Daher ist der etwa 17 Zentimeter lange Vogel auch ein Anzeiger dafür, wie gut es den Gewässern geht. In Hamburg gibt es verschiedene Maßnahmen, um dem Eisvogel neue Habitate zu erschließen. Seit 2005 arbeitet der NABU mit Nachbarn, Schülern und vielen anderen Aktiven am Projekt Eisvogel an der Seebek in Bramfeld.

Wie viele Hamburger Bäche war die Seebek viele Jahrzehnte mehr ein Abflusskanal: begradigt, praktisch, in Beton eingefasst. Seit 2005 ist das anders. Dutzende Wagenladungen Beton haben Aktive des NABU aus dem Bach geholt, hunderte Tonnen Kies und Geröll eingebracht und viele bachtypische Pflanzen gesetzt. Aus einem begradigten, lebensfeindlichen Vorfluter wurde Stück für Stück wieder ein naturnahes Fließgewässer und damit ein Lebensraum für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Sogar für den Eisvogel.

Doch damit nicht genug, denn der Eisvogel braucht nicht nur einen naturnahen Bachabschnitt, er benötigt auch Hanglagen, in denen er seine Nisthöhlen anlegt. Also haben die NABU-Aktiven



Eisvögel sitzen oft auf Zweigen über dem Wasser, um nach Fischen Ausschau zu halten

auch zwei Steilwände aus Lehm und Sand gebaut. Nach sieben Jahren vielfältiger Aktivitäten an der Seebek ist das Projekt im letzten Frühjahr auch auf die Osterbek ausgeweitet worden. Nicht zuletzt, weil die Seebek in die Osterbek mündet. Der Lauf der Osterbek beginnt in Berne und endet im Osterbekkanal, der wiederum Anschluss an die Alster hat. So war dann auch die erste Maßnahme an der Osterbek, einen alten Kaskadenabsturz zu beseitigen, damit wieder Fische von der Osterbek in die Seebek wandern können. „Die Durchgängigkeit hat auch Auswirkungen auf die Eisvögel, die sich nur dort einfinden, wo es auch Fische gibt“, sagt Andreas Lampe (NABU).

Von seinem Ansitz über dem Wasser, oft ein überhängender Zweig, sucht der Vogel nach geeigneter Beute. Hat er ein Opfer erspäht, stürzt er sich mit ange-

legten Flügeln fast senkrecht ins Wasser. Unter Wasser sind die Flügel gute Fortbewegungsmittel. Hat er die Beute im Schnabel, schlägt er mit den kurzen, breiten Flügeln, um wieder an die Wasseroberfläche zu gelangen. Zurück auf dem Zweig, schlägt er den Fisch gegen das Holz bevor er ihn mit dem Kopf voran verschluckt.

Das „Nest“ wird am Ende einer etwa 50 Zentimeter langen Röhre ein bis drei Meter über dem Wasserspiegel angelegt, die beide Partner abwechselnd mit Schnabel und Füßen graben. An dessen Ende befindet sich der eigentliche Brutkessel, in dem

etwa sieben Junge aufgezogen werden.

„In harten Wintern findet der Eisvogel vor allem bei zugefrorenen Gewässern kaum Fische, so dass die Bestände bis zu 80 Prozent zurückgehen können. Im darauf folgenden Sommer wird die Population meist durch entsprechend viel Nachwuchs wieder ausgeglichen“, weiß Heinz Peper, der die Jugendgruppe „Die Eisvögel“ des NABU im Duvenstedter Brook betreut. Die meisten Paare brüten daher zweimal im Jahr, manche auch drei- und viermal. Oft werden die Bruten geschachtelt, das heißt die Eiablage der Folgebrut beginnt, bevor die ersten Jungvögel flügge sind. Dazu braucht das Eisvogelpaar zwei Bruthöhlen, die oft nicht weit voneinander entfernt liegen. Das Männchen kümmert sich dann meist um die Fütterung der Nestlinge, während das Weibchen das neue Gelege bebrütet.

Woher der Eisvogel seinen Namen hat, ist unklar. Eis ist seine Sache nicht. Der Name bezieht sich wohl eher auf das wie Eiskristalle in der Sonne funkelnde Gefieder. Der „Paradiesvogel“ wird daher auch oft als fliegender Edelstein bezeichnet. Mehr Infos zum NABU-Projekt unter www.hamburg.nabu.de/projekte/eisvogel. (WUZ)

**doku
film
front**

**DER ENGAGIERTE DOKUMENTARFILM
IM KORALLE KINO IN VOLKSDORF
VORGESTELLT VOM AGENDA 21-BÜRO
VOLKSDORF, S. STOCKHECKE
JEWEILS UM 19:45 UHR**

*Herzlichen Glückwunsch
zum Geburtstag Papa!
Mona, Hanna und Jonas*

26. September: Auf der sicheren Seite von Corinna Wichmann Deutschland 2010. Immer häufiger leben Menschen in „Gated Communities“, eingezäunten Bereichen, die streng bewacht werden. Vor allem wohl situierte Menschen schotten sich von ihren ärmeren und ihrer Meinung nach gefährlicheren Mitmenschen ab.

10. Oktober: Why in the world are they spraying? USA 2012. Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Spuren am Himmel und der Klimaveränderung? Kontrolle über das Wetter – dies ist eine der zahlreichen Absichten der Chemtrail-/Geoengineering-Projekte, die Michael Murphy in der Doku beschreibt.